

*Gerhard Schröder –
Politik ohne Begriff*

Fritz W. Peter

Vorrede:

Wenn die begriffliche Kompetenz in der Politik fehlt, wird das Ergebnis des politischen Handelns ein Zufallsprodukt sein. Gerhard Schröder besaß wenig begriffliche Kompetenz. Seine Politik war allerdings von begrifflichen „Versatzstücken“ gesteuert, die Bestandteil der 68er-Vorstellungen waren, so wie sie Teil der heutigen rotgrünen Glaubenssätze sind, z.B. der unverbindliche Multipolarismus, der an den Realitäten vorbei ein Handeln fordert, als sei die Welt eine machtpolitisch beliebig zuzuschneidende Dispositionsmasse und die Menschheit schon eine post-ideologische. Wie im außenpolitischen Bereich, so war Schröder auch im innenpolitischen begrifflichen Kontext nicht sattelfest. Nach seinen „Hartz-Reformen“ entdeckte er – rechtzeitig vor der letzten Wahl – wieder das Thema der „sozialen Gerechtigkeit“, auf dem er *rumritt*, obwohl er die Wahlen doch zur Durchsetzung seiner „Hartz-Reformen“ ansetzen wollte, über die er dann im Wahlkampf freilich keine Silbe mehr verlor. Im „Kanzlerduell“ mit Frau Merkel sah er ebenfalls eine günstige Möglichkeit, sich als Sachwalter des Sozialen zu profilieren. Gedanken-schwer beschwor er mehrfach die Gefahr der „*Entstaatlichkeit*“. Diese seltsame Begrifflichkeit war weder „brutto“ noch „netto“, aber ein Zeichen dafür, dass ihm die begriffliche Verarbeitung des Grundthemas der Innen- und Wirtschaftspolitik erst noch bevorstand. Sein merkwürdiger – wiederholter – Versprecher soll hier nicht überbewertet werden, aber einen Hinweis auf den ungelungenen Umgang mit der Thematik gibt er sehr wohl. – Das Thema mangelnder Begrifflichkeit ist u.a. in den Texten „*Kanzlerduell und politische Vision*“ / „*Weg frei für fundierte Politik*“ / „*Rückkehr der Ratio in die Politik*“ / „*Systematik und Pragmatik*“ / „*In der Krise etabliert sich neue Autorität*“ ausführlicher behandelt. Abrufbar unter

www.wadinet.de/news/dokus/30_Kanzlerduell.pdf

www.wadinet.de/news/dokus/32_fuer-fundierte-Politik.pdf

www.wadinet.de/news/dokus/34_Rueckkehr-der-Ratio-in-die-Politik.pdf

www.wadinet.de/news/dokus/36_Pragmatik-und-Systematik.pdf

www.wadinet.de/news/dokus/38_Krise-und-neue-Autoritaet.pdf

„Entstaatlichkeit“ – Schröders mangelnde Begrifflichkeit

Fritz W. Peter, 6.9.05

Zuwenig „Staatlichkeit“ in Deutschland steht bisher nicht zu befürchten, eher ein Zuviel davon. Schröders letzte Medienbotschaft an uns im Rahmen seiner Kanzlerschaft bestand überraschend dennoch darin, auf mögliche Gefahren der „Entstaatlichkeit“ hinzuweisen.

Er wird „Entstaatlichung“ gemeint haben. Versprecher kommen vor und werden ihm hier nicht vorgeworfen – anders als er es gern hält. Es geht um eine *inhaltliche* Bewertung.

Wenn Deutschland auf irgendeinem Feld keine Gefahr droht, dann darin, dass „Entstaatlichkeit“ überhand nehmen könnte. Unser Kanzler tischte das Wortgebilde trotzdem beim Duell mit Frau Merkel mehrfach auf. Ist dies ein Spiegel der Richtungslosigkeit seiner Politik?

Werfen wir einen ganz kurzen (u. leicht kritischen) Blick zurück auf Schröders Kanzlerschaft: Ausgebremst durch seine Partei, hatte er zunächst auf seinem Kurs Fahrt verloren und alsbald ohne Kompassanzeige in den Wellen getrieben – aus seiner Politik der „ruhigen Hand“ wurde endgültig die Politik der leeren Hand. Schließlich war er auf Gegenkurs gegangen, machte mit der Parteiführung zusammen verbal Dampf im Kessel und strebte zurück zu den Ankerplätzen angestammter ideologischer Gewissheiten der Sozialdemokratie. Obwohl selbst verbürgerlicht und „Neue Mitte“-Aspirant, wurden von ihm und der Partei wieder rote Tücher ausgerollt, und Schröder eilte seiner Partei nun sogar als Bannerträger voller antibürgerlicher Ressentiments voraus: „Kalte schwarze Republik“ heißt die emphatische Drohung. Den damit zu stiftenden sozialen Unfrieden wird er begrüßen. Und er genießt ihn schon jetzt beim Sprechen.

Was bleibt im zeitgenössischen Urteil: Zickzack und Richtungslosigkeit bestimmten den Weg! Die Entschlackung der Sozialbürokratie, die mit Hartz IV nicht ohne Mut in Angriff genommen wurde und ein Stück „Entstaatlichkeit“ darstellt, will sich Schröder einerseits zurechnen und zur weiteren Richtschnur machen, während er andererseits – mit wahltaktischem Kalkül – über die Gefahr von Entstaatlichung räsoniert. „Basta“-Entschlossenheit und Unschlüssigkeit wechseln sich aufgrund eines unklaren Politikkonzepts fortwährend ab und sind ein wesentlicher Grund der inneren Blockade Deutschlands.

Die Gefahr der „Entstaatlichkeit“ beschwor Schröder unter Hinweis auf die Flutopfer in New Orleans. In beherrschender Art auf Amerika zu zeigen und sich *abzugrenzen*, hat diesem Kanzler bei den letzten Wahlen ins Amt verholfen und wird von ihm als Mittel der Auseinandersetzung

auch diesmal wieder dosiert eingesetzt – jüngst beim *Iran*-Thema, jetzt mit Bezug auf die Flutkatastrophe. Gegen die Instrumentalisierung des Beispiels der Flutkatastrophe sperrte sich Frau Merkel im Rededuell mit Schröder, bei manchem deutschen Wähler wird Schröder aber wegen der unterschwelligen (anti-Bush oder auch anti-amerikanischen) Konnotationen des Beispiels gepunktet haben.

Auf den Stil in Schröders Argumentation wird in einem heutigen Beitrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung m.E. sehr treffend u.a. mit der Bemerkung hingewiesen, Schröder versuche, „den ‚Professor aus Heidelberg‘ zu einer Art Ersatz-Bush zu machen und ihn als fahrlässigen Interventionisten, in diesem Fall: Sozialstaatsinterventionisten, hinzustellen, der den Frieden und die Gerechtigkeit hierzulande gefährde.“ (6.9.05: „Merkels Injektion“, F.A.Z.) Die Absicht Schröders ist es freilich, die *eigenen* Interventionen (s. „Hartz“-Reformen) in die sozialen Besitzstände zu überdecken. In diesem Bemühen ist ihm – mit dem Beifall seiner Partei – jedes Erfolg versprechende Mittel recht.

Etwas unerklärlich bleibt, um zum Anfang der Ausführungen zurückzukehren, warum der Versprecher „Entstaatlichkeit“ (statt Entstaatlichung) sich hartnäckig bei Schröder einstellte. Eine phonetische Verwandtschaft besteht zum Begriff „Zweistaatlichkeit“. Sie bestimmte das politische Leben Deutschlands bis 1989, somit auch die Begrifflichkeit in den formativen Jahren der schröderschen Karriere. Für ihn selbst und verschieden abgestuft in seiner Partei galt die Zweistaatlichkeit Deutschlands als *endgültig* und war somit in der eigenen Vorstellungswelt besonders fest verankert. Vielleicht hallt in seinem wiederholten Versprecher „Entstaatlichkeit“ (diese seltsam wirkende Wortbildung – beim ach so souveränen Kanzler), der Begriff der „Zweistaatlichkeit“ noch nach. Herr Schröder könnte dieser angedeuteten Möglichkeit freilich nur selbst nachspüren. Für einen vertraulichen Hinweis wäre ich ihm dankbar. Zugegebenermaßen relativiert sich aber der Gegenstand des Interesses bereits am 18. d. Monats beträchtlich.

„Entstaatlichkeit“ ist geeignet, Sozialdemokraten und vielen Menschen in Deutschland einen gehörigen Schrecken einzujagen. Dies wiederum, also das Erschrecken der Sozialdemokratie vor einem Weniger an Bevormundung, sollte eine Unionsführung, die sich der Dynamisierung unseres Landes fest verschreiben will, genug Schrecken einjagen, um einer Großen Koalition unter fast allen Umständen aus dem Weg zu gehen. Sollten sich die Wege beider Volksparteien aber dank der unergründlichen Weisheit des Wählerentscheids doch kreuzen, so wäre unionsseitig der Wille zu noch höherem Reformtempo nötig, um die sozialdemokratische Umarmung zu kompensieren – also gewissermaßen Kirchhof-hoch-zwei!